

Bundesministerium für Gesundheit
Herr Bundesminister Hermann Gröhe
Rochusstraße 1

53123 Bonn

Ansprechpartner:

Uli Breuer: (0179) 6909xxx
Roland Schäfer: (0172) 6820xxx
Walter Schmidt: (0152) 21512xxx

Spendenkonto:

IBAN: DE76 5009 0900 5148 1976 00
BIC: GENODEF1P06

Frankfurt, den 12.10.2016

Interview der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung mit Dr. Jens Baas, Vorstandsvorsitzender der Techniker Krankenkasse (TK), veröffentlicht am 09.10.2016

Sehr geehrter Herr Gröhe,

in einem Interview mit der Frankf. Allg. Sonntagszeitung (http://www.faz.net/aktuell/finanzen/meine-finanzen/versichern-und-schuetzen/interview-mit-jens-baas-chef-der-techniker-krankenkasse-14472241.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2) hat Dr. Jens Baas, Vorstandsvorsitzender der Techniker Krankenkasse (TK), auf Praktiken von Krankenkassen aufmerksam, die zweideutig bis rechtswidrig sind. Zitat: *„Es ist ein Wettbewerb zwischen den Kassen darüber entstanden, wer es schafft, die Ärzte dazu zu bringen, für die Patienten möglichst viele Diagnosen zu dokumentieren. Dann gibt es mehr Geld aus dem Risikostrukturausgleich, der hohe und teure Gesundheitsrisiken unter den einzelnen Kassen ausgleichen soll. Aus einem leichten Bluthochdruck wird ein schwerer. Aus einer depressiven Stimmung eine echte Depression, das bringt 1000 Euro mehr im Jahr pro Fall... Die Kassen bezahlen zum Beispiel Prämien von zehn Euro je Fall für Ärzte, wenn sie den Patienten auf dem Papier kränker machen. Sie bitten dabei um ‚Optimierung‘ der Codierung. Manche Kassen besuchen die Ärzte dazu persönlich, manche rufen an. Und es gibt Verträge mit Ärztevereinigungen, die mehr und schwerwiegendere Diagnosen zum Ziel haben...“*

Dieser Teil des Interviews mit Dr. Baas wird in vielen Beiträgen anderer Medien wiedergegeben. Unter den Tisch fällt in der öffentlichen Aufmerksamkeit etwas anderes: Der **Abgang der TK auf die elektronische Gesundheitskarte (eGk) und die gematik.**

Befragt nach den Plänen der TK zur Digitalisierung im Gesundheitswesen antwortet Dr. Jens Baas: *„Eines unserer größten Projekte ist die digitale Gesundheitsakte. Wir wollen, dass alle Kassen verpflichtet werden, sie ihren Versicherten anzubieten. Ob ein Kunde sie nutzen möchte, bleibt ihm allein überlassen. Hier könnten wichtige Daten wie Diag-*



nosen, verordnete Medikamente, Behandlungsschritte und Röntgenbilder auf einem sicheren Server gespeichert werden.“ Auf den Einwand der Interviewer „Die Idee kommt uns bekannt vor. **Das soll doch die elektronische Gesundheitskarte leisten, die die Regierung mit Milliardenaufwand entwickeln ließ**“ antwortet Baas: „Ja, das sollte sie. Aber **die Idee ist tot**, das war kein Ruhmesblatt von Kassen und den Ärzten. Wir haben uns zerstritten über die Kosten und das, was wir dafür bekommen...“

Für die Bürgerrechtsgruppe **dieDatenschützer Rhein Main** ist dies Anlass, **bei Ihnen als Bundesgesundheitsminister anzufragen,**

1. wie Sie die Feststellung von Dr. Jens Baas bewerten, wonach die Idee der elektronischen Gesundheitskarte (eGk) tot sei,
2. wie Sie die Pläne der TK für eine kassenspezifische digitale Gesundheitsakte (unabhängig von bzw. parallel zur elektronischen Patientenakte gem. § 291a Abs. 3 Ziff. 4 SGB V) bewerten und
3. was Sie zu tun gedenken gegen die von Dr. Baas benannten Manipulationen bei Abrechnungen zwischen Ärzten und Krankenhäusern einerseits und Krankenkassen andererseits.

Ihrer Antwort sehen wir mit Interesse entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

dieDatenschützer Rhein Main (<https://ddrm.de/>)

gez. Walter Schmidt

dieDatenschützer Rhein Main sind

- eine Gruppe des Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung (<http://vorratsdatenspeicherung.de/>),
- Partner der Aktion: „Stoppt die e-Card!“ (<http://www.stoppt-die-e-card.de/>),
- Partner des Bündnis „Demokratie statt Überwachung“ (<https://www.demokratie-statt-ueberwachung.de/>),
- Partner des Frankfurter Bündnis gegen TTIP, CETA und TISA (<https://tippstoppenffm.wordpress.com/>) und
- Partner der „Initiative Finanzplatz Frankfurt“ (<https://ddrm.de/wp-content/uploads/IFiF-Verfassung-201605.pdf>).

Hervorgegangen ist die Gruppe aus der Volkszählungsbewegung „11gegenZensus11“.

Die aktuellen Arbeitsschwerpunkte sind ein unabhängiges Frankfurter Datenschutzbüro, die Videoüberwachung des öffentlichen Raums und von politischen Aktivitäten (Demonstrationen und Kundgebungen), die elektronische Gesundheitskarte, die Vorratsdatenspeicherung sowie weitere Datenschutzthemen.